



WWF Graubünden

Oberalpstr. 2
Postfach 747
7002 Chur

Tel.: + 41 81 250 23 00
Fax: + 41 81 250 23 11
info@wwf-gr.ch
www.wwf.ch
PC: 70-2633-6

Nach der fossilen Energiellusion kommt die Energiewende

von Anita Mazzetta, Geschäftsleiterin WWF Graubünden

Im September 2013 haben 16 Organisationen und Parteien mit dem JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft einen historischen Sieg errungen, gegen den erbitterten Widerstand der Regierung, der bürgerlichen Parteien, der Wirtschaft. Sieben Jahre lang hat der Widerstand gegen die Repower-Pläne für Kohlekraftwerke gedauert. Die Stimmen der Gegnerschaft sind in der Zwischenzeit verstummt. Heute ist allen klar: Investitionen in fossile Kraftwerke haben keine Zukunft.

Der Entscheid der Repower, auch das unrentable Projekt für ein Gaskraftwerk in Leverkusen abzustossen, zeigt deutlich: Der Traum einer fossilen Wiedergeburt ist geplatzt. Dank dem Widerstand der Bevölkerung hier und ennet der Grenzen, hat das Bündner Stromunternehmen keine fossilen Altlasten mehr und kann sich fit für die Energiestrategie 2050 machen. Das Bündner Volk hat mit seinem Entscheid den Volksvertretern im Kanton, aber auch in Bundesbern, den Rücken für eine offensive Klima- und Energiepolitik gestärkt.

Die Regierung und der Grosse Rat haben sich seit dem Volksverdikt bewegt und den Willen des Volkes umgesetzt. Die Initianten überliessen dabei der Regierung und dem Grossen Rat die konkrete Ausformulierung des Verfassungsartikels. Dass die Regierung die allgemein formulierte Anregung der Initiative praktisch eins zu eins für den Verfassungsartikel übernommen hat, bestätigt die fundierte und wohlüberlegte Arbeit der Initianten. Da diese Verfassungsänderung dem obligatorischen Referendum untersteht, muss das Volk ein zweites Mal abstimmen.

Zwar hat die Regierung unterdessen eine Eignerstrategie für Repower erlassen und darin den Verzicht auf Kohleinvestitionen und den Rückzug aus dem Projekt in Saline Joniche verlangt. Als Mehrheitsaktionär muss der Kanton vorgeben, was er vom eigenen Stromversorger erwartet. Das haben wir stets gefordert. Die Eignerstrategie hat aber nicht den gleichen Stellenwert wie ein Verfassungsartikel. Die Eignerstrategie wird alle paar Jahre angepasst und untersteht der alleinigen Kompetenz der Regierung. Der Verfassungsartikel nimmt zudem nicht nur Repower in die Pflicht, sondern auch andere allfällige Unternehmen mit Kantonsbeteiligung. Ausserdem darf der Kanton keine neuen Anteile an Gesellschaften mit Kohlekraftwerken im Portfolio erwerben.

Für den Wasser-, Tourismus- und Alpenkanton Graubünden ist diese saubere Energiestrategie der einzig richtige Weg. Mit einem JA zum Verfassungsartikel können die Stimmbürger den eingeschlagenen Weg in eine saubere Energiezukunft bestätigen.



Medienkonferenz 13.5.2015